



Premiere von «Gläser auf dem Oeschberg»

Zu Ehren des Schriftstellers Friedrich Gläser findet in Koppigen ein schon ausverkaufter szenischer Rundgang statt. Premiere gestern, Dernière am 2. Juni. **Seite 21**

Als Betriebswirtschafts-Student in Indien

Eine indische Dozentin organisierte an der Hochschule für Wirtschaft eine besondere Reise in ihr Heimatland. Mit dabei: Jonas Kummer aus Aarwangen. **Seite 18**

Masshardt gibt das Mass vor

Stimmrechtsalter 16 Regierungsrat unterstützt SP-Motion mit Senkung um zwei Jahre

16-Jährige sollen künftig im Kanton Bern stimmen und wählen können. Der Regierungsrat unterstützt eine entsprechende Motion der Langenthaler Grossrätin Nadine Masshardt (SP). Der Grosse Rat entscheidet im Juni über die Senkung des Stimmrechtsalters von 18 auf 16.

BRUNO UTZ

Jugendliche müssten mit 16 Jahren wichtige Entscheide fällen und trügen die Verantwortung für ihre Zukunft. Das ist ein Satz aus der halbseitigen Begründung der Motion, mit welcher Nadine Masshardt das Stimmrechtsalter 16 fordert. Und der Regierungsrat teilt die Meinung der 22-jährigen Langenthaler Grossrätin. In seiner gestern veröffentlichten Antwort auf den Vorstoss schreibt er jedenfalls: «Von 16-Jährigen wird heute in vielen Bereichen des täglichen Lebens erwartet, dass sie Verantwortung übernehmen.» Aufgrund der guten Informationsmöglichkeiten und ihrer Bildung erachte er die 16-Jährigen für urteilsfähig und politisch reif. Ein um zwei Jahre gesenktes Stimmrechtsalter könnte auch der besseren politischen Integration junger Menschen dienen. Interessierte Jugendliche könnten besser in den politischen Prozess hineinwachsen. «Deshalb ist den 16-Jährigen die aktive Teilnahme am politischen Prozess zuzutrauen», schreibt der Regierungsrat und empfiehlt dem Parlament, im Juni die Motion anzunehmen.

«Auch die Kantonale Jugendkommission (KJK) hat sich in diesem Sinn ausgesprochen», sagt auf Anfrage Staatsschreiber Kurt Nuspliger. Die 21-köpfige KJK ist ein mit Fachpersonen und Politikern zusammengesetztes Beratungsorgan des Regierungsrates.

Schliesslich verweist der Regierungsrat auf Nachbarländer, welche das Stimmrechtsalter 16 eingeführt haben oder das tun wollen (vergleiche Kasten unten links).

Gutes Zeichen an Politikinteressierte

«Das ist ein gutes Zeichen an die politikinteressierte Jugend im Kanton Bern. Ich bin hochofret», kommentiert Masshardt die Regierungsantwort. Mit der Senkung um zwei Jahre



NADINE MASSHARDT Der Unterstützung ihrer Sitznachbarn Dorette Balli (r.) und Markus Meyer ist sich die Motionärin Nadine Masshardt sicher. Obs im Grossen Rat zu einer Mehrheit reicht, zeigt sich im Juni. HANSPETER BÄRTSCHI

► IHRE MEINUNG

Leserbriefe Was denken Sie zu diesem Thema? Schreiben Sie einen Leserbrief. Unsere Adresse finden Sie auf Seite 48.

könnte die Lücke zwischen Schulaustritt und Mündigkeitsalter geschlossen werden. «In dieser Zeit verlieren viele Junge ihr politisches Interesse, das in der Schule geweckt worden ist.» Selbstverständlich sei es aber zwingend, die politische Bildung an den Schulen zu verbessern. Masshardt zeigt sich deshalb zufrieden, dass der Regierungsrat ebenfalls ein von ihr und anderen Grossräten – darunter der Melchnauer Schulleiter Erwin Sommer (EVP) – eingereichtes Paket von Vorstössen mit diesem Bildungsziel annehmen will.

Politische Bildung verbessern

Wie etwa Sommer verlangt, soll der Staatskundeunterricht in der Volksschule und an den Gymnasien und Berufsschulen wirksamer wer-

den. Dafür sieht der Regierungsrat mehrere Massnahmen vor. Bereits im Herbst 2006 habe die Erziehungsdirektion zu den vorhandenen Lehrmitteln mit politischer Bildung eine Umsetzungshilfe für die Schulen herausgegeben. In den kommenden Wochen erscheine beim Schulverlag der Ordner «Politik und Demokratie – leben und lernen», der zusammen mit anderen Kantonen entwickelt worden sei. Sämtliche Schulen würden gratis ein Exemplar zugestellt erhalten.

Weiter werde sich die Erziehungsdirektion bei der Erarbeitung des gemeinsamen Lehrplans für die Deutschschweiz für eine gute Verankerung der politischen Bildung einsetzen. Für die angehenden Lehrkräfte der Sekundarstufe I werde die Einführung einer gemeinsamen Lehrveranstaltung geprüft. Schliesslich baue die Fachhochschule Nordwestschweiz derzeit im Internet (www.politischebildung.ch) ein weiteres Angebot für Lehrpersonen und Studierende auf. Auch im französischsprachigen Kantonsteil existierten bereits entsprechende Angebote.

Masshardt hofft auf Unterstützung

Die verschiedenen Vorstösse wird der Grosse Rat im Juni behandeln. Masshardt: «Es wird zwar knapp werden, ich hoffe aber auf Unterstützung aus allen Parteien.» Schon bei der Einreichung ihrer Stimmrechtsalter-Motion habe sie viel Sympathie seitens der SP, Grünen und EVP gespürt. «Ich kann mir vorstellen, dass auch aus den Reihen von SVP und FDP Einzelne mithelfen, die Motion zu überweisen», sagt Masshardt. Im Gegensatz zur Vorlage von 2002 stehe diesmal nur das aktive Stimm- und Wahlrecht zur Diskussion. Es gehe nicht darum, dass 16-Jährige in den Gemeinderat oder Grossen Rat gewählt werden könnten.

Abstimmung in einem Jahr?

Überweist der Grosse Rat die Motion, muss gemäss Staatsschreiber Kurt Nuspliger die Kantonsverfassung angepasst werden. Das erfordere eine Vernehmlassung. Nuspliger: «Im besten Fall könnte das Volk in einem Jahr über das Stimmrechtsalter 16 entscheiden.»

Nachrichten

Drei Hunde stören Autobahnverkehr

Gestern Morgen haben drei Jagdhunde auf der Autobahn A1 den Verkehr behindert. Um etwa 6 Uhr gelangten sie über die Auffahrt Kirchberg auf die Autobahn, teilte die Kantonspolizei Bern mit. Trotz einer sofortigen Verkehrswarnung kam es in beiden Fahrtrichtungen zu einem Zusammenstoss zwischen einem Hund und einem Auto. Ein Hund kam bei der Kollision ums Leben, der andere wurde verletzt. Die Polizei konnte ihn, wie auch das dritte Tier, dem Besitzer übergeben. Es werde nun abgeklärt, wie die Hunde auf die Autobahn gelangen konnten. (PKB)

Oberbipp Frau verletzt sich bei einem Auffahrunfall

Bei einem Auffahrunfall zweier Autos auf der A1 bei Oberbipp ist gestern Morgen eine schwangere Frau verletzt worden. Die Fahrzeuge stauten sich nach dem Unfall bis zur Verzweigung Härkingen zurück. Die Frau wurde mit der Ambulanz hospitalisiert. An den Fahrzeugen entstand grosser Sachschaden, wie die Polizei Kanton Solothurn mitteilte. (SDA)

Kanton Regierungstatthalter sind still gewählt

Der Regierungsrat hat die 26 bisherigen Regierungstatthalterinnen und -statthalter und den neuen Regierungstatthalter im Amt Erlach als gewählt erklärt. Sie konnten in stiller Wahl bestimmt werden, teilte das Amt für Information gestern mit. Es waren nur so viele Kandidaturen angemeldet, wie es Sitze gab. Die neue Amtsdauer beginnt am 1. Januar 2008 und dauert bis zum Inkrafttreten der Reform der dezentralen Verwaltung, längstens aber bis Ende 2011. (SDA)

Kanton Waldbrandgefahr dank Regen etwas entspannt

Dank dem Regen der letzten Tage hat sich die Waldbrandgefahr im Kanton Bern etwas entspannt. Die Behörden sehen deshalb keine Notwendigkeit für ein Feuerverbot, mahnen aber weiterhin zu grosser Vorsicht im Umgang mit Feuer im Freien. Besonders gefährdet seien weiterhin süd-exponierte Hänge im Berner Jura und in den Voralpen, heisst es in einer Mitteilung des Kantons Bern von gestern. Die Gemeinden und Regierungstatthalter empfehlen dringend, im Freien kein Feuer zu entfachen oder nur auf gut gesicherten Feuerstellen und mit den nötigen Vorsichtsmassnahmen. (SDA)

GLARUS WÄRE ERSTER KANTON

In der Schweiz kennt noch kein Kanton das Stimmrechtsalter 16. Allerdings wurde die Frage in den letzten Jahren in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Freiburg, Glarus, Luzern, Schaffhausen, Thurgau und Zürich diskutiert. Im Kanton Luzern hatte der Regierungsrat im Rahmen der Verfassungsrevision die Senkung um zwei Jahre unterstützt, der Grosse Rat kippte sie jedoch. Im Aargau lehnte das Kantonsparlament im vergangenen Januar einen entsprechenden SP-Vorstoss mit 80 zu 47 Stimmen ab. Übermorgen Sonntag wird die Landsgemeinde von Glarus über das Stimmrechtsalter 16 befinden. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen. Diese Woche hat die Koalitionsregierung von Österreich das Stimmrechtsalter 16 auf Bundesebene in das Regierungsprogramm 2007–2010 aufgenommen. Auf Gemeindeebene ist das tiefere Stimmrechtsalter bereits in fünf Bundesländern Tatsache. Auch in Nord- und Mitteldeutschland kennen bereits sechs Bundesländer das Stimmrechtsalter 16 auf kommunaler Ebene. (UZ)

Bobst und Felber dafür, Hess nicht

Schon einmal diskutierte der bernische Grosse Rat über die Herabsetzung des Stimmrechtsalters. Nach einem 1998 überwiesenen Postulat der heutigen SP-Fraktionsspräsidentin im Nationalrat, **Ursula Wyss**, lehnte der Regierungsrat in einem Bericht die Senkung von 18 auf 16 Jahre ab. Dabei ging es lediglich um das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 auf Gemeindeebene. Im März 2002 folgte die Mehrheit des Grossen Rates den Argumenten der Regierung und schickte das von der SP eingebrachte Anliegen mit 99 zu 51 Stimmen bachab. Der Regierungsrat hatte vorgängig unter den Jungparteien und Jugendparlamenten eine breite Vernehmlassung durchgeführt. Für eine Senkung des Stimmrechtsalters hatten sich dabei die Jusos und die Junge EVP ausgesprochen (Die Jungen Grünen wurden erst dieses Jahr gegründet). Gegen die Änderung

auf kantonalen Ebene hatten die Jungfreisinnigen votiert, auf kommunaler Ebene war die Jungpartei der FDP aber dafür. Grundsätzlich Nein sagten von acht Jugendparlamenten im Kanton einzig das Jugendparlament von La Neuveville und das Jugendparlament Oberaargau (JPO). Auch die Junge SVP wies das Ansinnen grundsätzlich zurück. Hat seither ein Sinneswandel stattgefunden? «Nein», antwortet auf Anfrage JSVP-Präsident **Erich J. Hess** (Bern). Junge seien erst mit 18 Jahren voll mündig und handlungsfähig. «Erst mit 18 tragen sie auch alle Rechte und Pflichten.» Zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr könnten die Jungen noch viel Lebenserfahrung sammeln. Deswegen seien 18-Jährige auch weniger manipulierbar. Bis auf einzelne Andersdenkende sei die JSVP gegen die Senkung, so Hess.

Der Vorstand der Jungfreisinnigen Kantonalpartei habe sich im April knapp – mit einer Stimme Differenz – gegen die Senkung des Stimmrechtsalters ausgesprochen, sagt Co-Präsidentin **Christine Bobst** (Langenthal). Persönlich sei sie für die Änderung. «Dann aber unbedingt gekoppelt mit mehr politischer Bildung an den Volksschulen», betont Bobst und begrüsst die entsprechenden Vorschläge des Regierungsrates. «Das Stimmrechtsalter 16 wäre aus demokratiepolitischer Sicht ein grosser Schritt vorwärts», sagt **Lukas Felber** (Langenthal). Für ihn ist unverständlich, dass sich das JPO vor fünf Jahren dagegen ausgesprochen hatte. «Ich nehme das mit Erstaunen zur Kenntnis.» Wie Bobst betont auch Felber, dass Politik als Unterrichtsfach an der Volksschule unbedingt mehr Gewicht erhalten müsse. (UZ)

INSERAT

TISSOT
SWISS WATCHES SINCE 1853

T-RING
ab Fr. 395.-

HÄNY
UHREN BIJOUTERIE

Farbasse 24
4902 Langenthal
Telefon 062 922 13 58

www.tissot.ch